

Es spricht der Fraktionsvorsitzende Alexander Bauer (Es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Ereignisse vom 16. Februar 2021 im Schwaikheimer Rathaus lassen uns nicht los und beschäftigen uns vermutlich noch eine ganze Weile. Leider überschatten diese Ereignisse auch jetzt die Verabschiedung des Haushaltes und die dazugehörigen Reden der Fraktionen.

Allerdings: Wir sollten uns darum bemühen, das eine mit dem anderen nicht zu vermischen. Die Nerven zu behalten, das sollte auch jetzt angeraten sein. Daher äußere ich mich zu Beginn der Haushaltsrede zu den aktuellen Ereignissen.

Stand Montagmorgen, 08:00 Uhr, also fast eine Woche nach dem Vorfall, wussten wir nicht mehr als die wenigen Zeilen aus der Pressemitteilung des Bürgermeisters. Es wäre also voreilig und leichtfertig gewesen ohne Kenntnis des Sachverhaltes irgendwelche Urteile zu sprechen, Vorverurteilungen vorzunehmen. Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft machen ihre Arbeit. Dann sehen wir weiter. – Aufgrund von Zeitungsartikeln wird in unserem Land kein Mensch verurteilt. Das gilt auch für den betreffenden Gemeinderat. Wir wissen bislang nicht einmal, was sich im Gesamten am 16.02.2021 im Rathaus ereignet hat. Wir waren nicht dabei. Sehr bedauerlich ist, dass es der Bürgermeister nicht für erforderlich gehalten hat, die Fraktionen unverzüglich zu informieren. Es war ihm wichtiger eine Pressemitteilung herauszugeben.

Den Mitarbeitern im Rathaus und insbesondere unserem geschätzten Kämmerer Andreas Rommel gilt unsere Sympathie und unsere Solidarität. So etwas geht gar nicht!

Die Ereignisse müssen in aller Gründlichkeit polizeilich ermittelt werden. Das ist der erste Schritt. Der zweite Schritt ist dann die juristische Aufarbeitung. Und zwar mit rechtsstaatlichen Mitteln. Derzeit ist nicht einmal der erste Schritt abgeschlossen. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass Glaube und Moralisierung dabei nicht hilfreich sind und zu keinem Frieden führen.

Wir stehen in der Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger, für unsere Gemeinde insgesamt. Deshalb sollten alle der Versuchung widerstehen, diesen Vorfall für das Kochen der eigenen Suppe zu nutzen. Das wäre die falsche Lehre aus dem Vorfall, das wäre der gedeihlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Gemeinderat nicht wirklich dienlich.

Dass jetzt versucht wird die SPD-Fraktion für das Verhalten des betreffenden Gemeinderats mit verantwortlich zu machen, ist an Ironie nicht zu überbieten. Vor nicht allzu langer Zeit war der betreffende Gemeinderat noch Ortsverbandsvorsitzender seiner Partei und Mitglied derer Gemeinderatsfraktion. Als es in all den Jahrzehnten immer gegen die SPD und uns ging, war für seine Fraktion kein Poltern und Schimpfen von ihm zu laut. Da hat keiner eingegriffen, weder seine Fraktion noch der Bürgermeister.

Die Zeiten haben sich gewandelt. Der betreffende Gemeinderat und wir können zwischenzeitlich sachlich miteinander zusammenarbeiten. Sie sehen: im Gemeinderat können Gräben überwunden werden, wenn man das nur will. Es ging als sich der betreffende Gemeinderat aus seiner Fraktion verabschiedet hat. Trotz aller sachlicher Zusammenarbeit gab es in unserer Fraktion aber keinen Grund zu einem Fraktionsbeitritt.

Jetzt geht es darum, dass es in und für Schwaikheim weitergeht. Darum ist es wichtig über das Gute, über unsere Perspektiven, aber auch über die kommunalpolitischen Missstände zu sprechen. Auch wenn aktuell politisch versucht wird, genau diese Aussprache mit den Ereignissen vom 16.02.2021 einzubremsen. Das werden wir nicht zulassen. Das gilt auch für die von uns initiierte Mediation.

Die SPD-Fraktion steht für klare Worte und Ziele zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Aber wie gesagt und nochmals unterstrichen:

In der demokratischen Auseinandersetzung ist Gewalt kein legitimes Mittel. Gewalt treten wir entschieden entgegen! Die Sozialdemokratie hat das mehr als einmal in ihrer Geschichte gelebt.

Nun zur eigentlichen Haushaltsrede.

Es gibt wahrlich derzeit größere und existenz- und lebensbedrohliche Themen, die unser Land fest im Griff haben und mit deren Auswirkungen wir leben und haushalten müssen: Die Corona-Pandemie!

In Krisenzeiten steht die Leistungsfähigkeit des Staates ganz besonders auf dem Prüfstand.

Sicherlich, wir alle haben etwas Hoffnung geschöpft. Mehrere Impfstoffe sind in rasend kurzer Zeit entwickelt worden, immerhin: die Impfungen haben begonnen, wenn auch aus der Sicht von manchen viel zu langsam. Der Impfstart verstärkt unsere Hoffnung, die Corona-Pandemie zeitnah zu besiegen.

Die Pandemie hat uns daran erinnert, wie verletzlich wir Menschen sind, wie zerbrechlich das ist, was wir unser "normales Leben" nennen.

Aber etwas anderes haben wir auch erfahren dürfen: wie stark wir sind, wenn wir aufeinander achtgeben und füreinander da sind.

Und es ist selbstverständlich wünschenswert, dass die derzeit gelebte Solidarität auch bei der Regulierung der Folgen gelebt wird und nicht versucht wird, die großen Brocken wieder auf den Schultern der ohnehin Schwachen abzuladen. Da könnte unsere Demokratie sonst Schaden nehmen.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch unseren Stellenantrag zum **Aufbau eines Seniorennetzwerks**. Eine Stelle, die Hauptamt und Ehrenamt verbindet, koordiniert und unterstützt. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Ehrenamtlichen die für unsere Gemeinschaft vielfältig mitarbeiten.

Und an dieser Stelle im Namen unserer SPD-Fraktion, Frau Inge Schneider für ihr ehrenamtliches Engagement in der evangelischen Landeskirche und damit auch für unsere Gesellschaft ein herzliches Dankeschön! Wir gratulieren zu dieser herausragenden Ehrung durch die Bundesrepublik Deutschland sehr herzlich! Sie sind damit für viele Menschen ein Vorbild!

Die Corona-Pandemie führte und führt zu einem Einbruch der Wirtschaft und damit zu Einnahmedefiziten der öffentlichen Hand. Unserer **Haushaltsplanung** liegen die Prognosen der September-Schätzung zugrunde. Schon diese Prognose stand auf dünnem Eis.

Wir können alle nicht in die Zukunft schauen, aber wir dürften mit der Einschätzung richtig liegen, dass das finanzielle Eis durch die zweite Welle (evtl. müssen wir sogar mit einer dritten Welle rechnen) noch dünner wird und wir in ein Rettungsboot umsteigen müssen.

Diese Risiken sind im aktuell vorgelegten Haushalt nicht erkennbar berücksichtigt. Wir haben dies eingefordert. Die geplante Haushaltslage bereitet uns Sorge und wird uns möglicherweise schmerzhaftes Prioritätensetzen abverlangen. Leider ist man auf unsere Argumente nicht eingegangen. Wir werden sehen, wie wir das dann ggf. haushaltstechnisch auffangen können.

Vor diesem Hintergrund stellen wir fest: Die Pandemie ist nicht die Pausentaste für den **Klimawandel**; der Schutz unserer Umwelt verlangt Weichenstellungen, und das mit höchster Dringlichkeit. Es wäre eine völlig falsche Konsequenz, hier auf das Bremspedal zu treten.

Für diese Aufgabe, für eine klimapolitische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft, brauchen wir Mut, Ideen und gemeinsamen Gestaltungswillen. **Lust auf Zukunft** wird sich nur einstellen, wenn wir die Herausforderungen **und** die Möglichkeiten sehen und ehrlich bewerten.

Das gilt auch für Schwaikheim. Diese existenziellen Klimaziele erreichen wir auf kommunaler Ebene mit starken Partnern, damit meine ich unsere „**Schwaikheimer Bürgerenergie**“. Mit einer Fachstelle im Rathaus und dem von uns mitbeantragten **Beirat für Klima und Umwelt** sowie der Verpflichtung den **CO²-Fußabdruck** bei investiven Maßnahmen mit zielführenden Maßnahmen klimaneutral zu halten. So wie es von uns im letzten Haushalt beantragt und gemeinsam beschlossen wurde. Nur mit der Umsetzung hapert es noch im Bauamt. Gleiches gilt für die Erstellung eines **Energie- und Klimaschutzprogramms**. Auch hierfür liegt die Zuständigkeit jetzt im Bauamt. Personell haben wir zurückliegend gut in das Bauamt investiert. Jetzt wollen wir miteinander ernten!

Mit dem **Klimaschutzpakt** verpflichten sich die Kommunen, unter anderem bis 2040 eine klimaneutrale Verwaltung zu gewährleisten und zudem auf die Förderprogramme und Projekte des Landes zurückzugreifen. Wir fordern bereits heute, dass Schwaikheim baldmöglichst freiwillig, wie schon andere Kommunen auch, dem Klimaschutzpakt beitrifft. Das neue Klimaschutzgesetz des Landes wollen wir ambitioniert berücksichtigen.

Die Bewerbung zur **Landesgartenschau** kam überraschend und war von Winnenden initiiert. Gut war, dass uns die Machbarkeitsstudie gezeigt hat: wo wir stehen und was möglich wäre. Darum haben wir das Projekt unterstützt. Die Machbarkeitsstudie enthält noch viel Gutes. Da müssen wir ran!

Es war auch schön zu sehen, wie unsere Verwaltung so aktiv und lebendig werden konnte. Es geht also – warum nicht immer so! Wir unterstützen das. Leider hat es dann nicht gereicht. Vielleicht wäre es besser ausgegangen, hätte die Verwaltung unsere jährlichen Anträge zu Schwaikheim TippTopp nicht ausgebremst. Wir werden an Schwaikheim TippTopp dranbleiben. Versprochen!

Was kritisch ist: Ein Bürgermeister, der beteuert, er fahre auf Sicht, wir aber eher den Eindruck haben, er fährt nach Gehör; ein Bürgermeister, der immer erst dann, wenn die Karre vor der Wand steht oder schon im Graben hängt, widerstrebend den Kurs ändert. Das ist nicht gut. Fahren auf Sicht gleicht einem Stochern im Nebel! Das ist kein erfolgreiches Arbeiten. Die Zukunft fordert mehr ein. Wer vorwärtskommen will, der muss wissen, in welche Richtung er gehen muss!

Es heißt so schön, spare in guten Zeiten, um in schlechten Zeiten investieren zu können. Hier ist der Volksmund ein schlechter Ratgeber.

Wir haben in all den Jahren erforderliche **Investitionen** nicht geleistet. Das fällt uns jetzt auf die Füße. Und treibt die Pro-Kopf-Verschuldung für unsere Verhältnisse auf fast astronomische Höhen. Daran ändert auch nicht das Aufhübschen mit höheren Einwohnerzahlen.

Für uns ist die Entwicklung der **zukünftigen Kinderzahlen** im Haushalt nicht ausreichend berücksichtigt. Wir wissen heute bereits mehr und blenden das aus?

Die **Kindertagesbetreuung** und die **Schulkindbetreuung** müssen massiv ausgebaut werden. Und nicht erst wieder, wenn die Warteschlangen zu Unfrieden bei den Eltern führen.

Die Bestandsgebäude der **Ludwig-Uhland-Schule** müssen dringend saniert werden. Ein weiterer Neubau muss entstehen. Die digitale Infrastruktur weiter ausgebaut werden.

Die **Eichendorffschule** muss für mindestens noch 6 bis 8 Jahre unseren Kindern ein hochwertiges schulisches Zuhause bieten können. Das geht nicht mit nur ein paar Hunderttausend Euro. Da sind wir uns sicher. Auch wenn man uns jetzt erst nach der Haushaltsverabschiedung die Besichtigung der Schule ermöglicht. Insgesamt geht es da um viele Millionen Euro. Vor allem müssen wir mit der Planung sehr zügig beginnen.

Das Projekt **Naturkindergarten** konnte als alternative Möglichkeit nach Widerstand in den Haushalt aufgenommen werden. Immerhin.

In der Kürze der Zeit will ich mich in der Auflistung beschränken.

Nur noch das Thema **Freibad**. Auch hier besteht ein immenser Sanierungs- und Investitionsstau; das zahlen wir nicht aus der Portokasse. Das hat uns der Fachplaner bestätigt.

Und dabei geht es nicht nur um das Pumpenhäuschen und die Erneuerung der Pumpen, deren Erstellung uns hoch und heilig vom Leiter des Bauamtes bis vor Beginn der Badesaison 2021 mehrfach zugesagt wurde. Auch hier ist es verdächtig still. Wir sind gespannt, ob dieses Versprechen eingehalten wird.

Ein paar Worte zum Thema **Einnahmen**: Wir haben nicht die Einschätzung, dass wir mit der **Neuen Mitte II** irgendein Plus an Euro einnehmen werden – und das unabhängig von der Planung. Der Blick zur neuen Mitte I zeigt, wie viele Millionen Zuschuss von der Gemeinde unter dem Strich erforderlich waren, um dieses Projekt hinzustellen. Wirtschaftlich profitieren tun jetzt andere davon. Aber das wäre ein ganz anderes Thema.

Diese Einnahme-Position setzen wir daher als Nullnummer an. Wir müssen uns das Ziel setzen, die Neue Mitte II städtebaulich hochwertig zu erstellen.

Wir müssen für diese zentrale Lage in unserem Ort eine hochwertige Planung und deshalb einen städtebaulichen Wettbewerb ins Leben rufen. Eine Ortsmitte mit Qualität und Attraktivität sowie hoher Aufenthaltsqualität. Dafür werden wir uns engagieren.

Zur Erinnerung: Das gehört auch zu unserem letztjährigen Antrag zur Erstellung eines **Konzeptes zur Förderung des Handels und Gewerbes** in Schwaikheim. Ein Konzept das vor allem die Ortsmitte nachhaltig aufwerten soll. Leider wird auch dieser vom Gemeinderat beschlossene Antrag bislang ausgebremst.

Zur Attraktivität und Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger gehört für die SPD-Fraktion auch der Schwaikheimer **Wochenmarkt**. Unser Antrag soll den Schwaikheimer Wochenmarkt weiter beleben und wachsen lassen. Wir sehen damit einen hohen Zugewinn, von dem alle Handeltreibenden in der Ortsmitte profitieren werden. Nicht zuletzt: Damit wird die menschliche Begegnung, die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, der Zusammenhalt gefördert.

Zu einer weiteren Einnahmequelle soll das Grundstück mit dem **Kinderhaus Lessingstraße** werden. Die Geschichte dazu ist lang. Es war ein gravierender strategischer Fehler das Grundstück in der damaligen Planung nicht zu vergrößern. Obwohl das in der Bürgerbeteiligung gefordert wurde und viele Gemeinderäte das wollten. Ein neues Baugebiet für Familien und das Kinderhaus dort schließen? Kurze Beine kurze Wege! Daher muss dafür schnell eine andere Lösung gefunden werden.

Und es gibt noch mehr wichtige Anliegen:

Die nach über fünf Jahren vorgelegte **Verkehrsentwicklung** ist für uns noch nicht abgeschlossen. Die schwierigen Themen wurden einfach ausgeklammert. Tempo 30 und die unechte Einbahnstraße in der Ludwigsburger Straße hätten wir auch innerhalb eines Jahres hinbekommen können. Diese Möglichkeiten lagen schon von Anfang an auf dem Tisch.

Mit dem Thema **neue Baugebiete** geht es für uns erst weiter, wenn das Thema Aktualisierung des Flächennutzungsplans im Gemeinderat beraten und ein Ziel in Aussicht ist. So haben wir es beschlossen. Wir halten uns daran. Es ist für uns unerklärlich, warum immer noch nicht geklärt werden konnte, ob aufgrund des in der Nachbarschaft liegenden landwirtschaftlichen Anwesens das Baugebiet Leimtelle II überhaupt realisierbar ist. Auch sehen wir Diskussionsbedarf über die Qualität der Böden, und der Möglichkeit, dass es auf der Gemarkung Schwaikheim noch Böden gibt, die als nicht so wertvoll eingestuft werden können und sich deshalb vielleicht eher als Baugebiet eignen.

Für das Thema **Mobilfunk** wollen wir eine Aktualisierung des bestehenden Mobilfunkgutachtens aus dem Jahr 2010. Das damalige Mobilfunkgutachten haben wir mit initiiert. Für zukünftige Entscheidungen in diesem Bereich (5G, Aufstellung Masten etc.) benötigen wir eine fundierte Grundlage. Das können die Bürgerinnen und Bürger zurecht von uns verlangen.

Die **Tagespflege** in Schwaikheim muss weiter qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Dazu bedarf es mehr Platz. Auch hier sehen wir eine Verbindung zu unserem Stellenantrag Seniorennetzwerk.

Auch das Thema **Vereinsförderungsrichtlinien** beschäftigt uns aktuell. Hier müssen endlich nach Jahrzehnten, welche geschaffen werden: Gerech und transparent. Allein die Mitgliederzahlen dürfen hierbei nicht im Vordergrund stehen. Insbesondere zählt für uns auch ein vielfältiges soziales Engagement für Familie, Senioren und Jugend.

Wir unterstützen den Antrag unserer türkisch-islamischen Gemeinschaft hier in Schwaikheim zur Herstellung eines **islamischen Grabfeldes** auf dem Schwaikheimer Friedhof. Das ist uns eine Herzenssache. Wie unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann so schön gesagt hat: „Solange sich Menschen nicht dort begraben lassen, wo sie gelebt haben, sind sie nicht voll integriert.“ Es wird Zeit dafür!

Demokratie heißt Debatte und Überzeugung, Vernunft und Wille zur Wahrheit. Demokratie heißt ausgehandelte Gemeinsamkeit.

Erst unsere Institutionen wie zum Beispiel die Gemeinderäte schaffen Orte der Demokratie, an denen ein solches Aushandeln mit Vernunft und Zivilität gelingen kann.

Daher kann auch Gewalt kein legitimes Mittel in einer Demokratie sein.

Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg räumt den Bürgermeistern eine starke Stellung ein. Die starke Stellung begründet sich unter anderem darauf, dass der Bürgermeister dem Gemeinderat und der Verwaltung vorsteht.

Im Normalfall stellt dies auch durch besonnene Bürgermeister, die sich dessen bewusst sind, kein Problem dar. Nicht ohne Grund stellt der Gesetzgeber diesem Umstand ein starkes Gewicht in Form des Gemeinderats gegenüber. Dem Gemeinderat werden starke Kontrollrechte zugestanden.

Sollte aber ein Bürgermeister versuchen diese Kontrollrechte des Gemeinderates oft bauernschlau zu umgehen bzw. auszuhebeln, so wird das zu einem Problem für das demokratische Verfahren, für das produktive Zusammenarbeiten.

Die Umgehung stellt sich verkürzt wie folgt dar: Mit Protokollen, die den wesentlichen Verlauf unvollständig oder inkorrekt wiedergeben, verspätet erstellt werden, schmale eindimensionale Sitzungsvorlagen, unvollständige und schleppende Beantwortung von Anfragen und mündliche Beantwortung in Abwesenheit des Anfragenden, alternative Wahrheiten.

Manche Punkte sind in der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung nicht explizit geregelt. Das spielt auch dem Kommunalamt in die Hände. So muss dieses Amt aus seiner Sicht nicht eingreifen.

Durch praktische Handhabung und Protokollnotizen im Rahmen des über Jahre im Gemeinderat entwickelten demokratischen Konsens (Übereinstimmung der Meinungen) sind solche Dinge aber sehr wohl miteinander vereinbart. Wenn ein Bürgermeister sich daran nicht hält, stellt er sich damit bewusst, außerhalb des demokratischen Konsens. Im Jahr 2020 haben wir diesbezüglich viele unschöne Erfahrungen sammeln müssen.

Aus gutem Grund haben wir gelernt, dass es für das demokratische Miteinander keine Alternative gibt. Wer dies anders sieht, trägt für sein Handeln die Verantwortung.

Abschließend: Wir danken unserem Kämmerer Andreas Rommel und seinem Team gerade auch in diesen schwierigen Zeiten für die Erstellung des vorgelegten Haushaltsplans!

Wir hatten bereits 2020 dem Haushalt nur eingeschränkt und damit gerade noch so zustimmen können. Dies ist jetzt wie dargestellt nicht mehr möglich.

Dem eingebrachten Haushalt 2021 stimmen wir nicht zu.

Wir danken Allen für eine hoffentlich bald wieder verbesserte, gute und demokratisch lebhaftere Zusammenarbeit.

Ich schließe mit den Worten des Dalai Lama

Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe.